

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,
Genuss Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Hofschloss: Dresden 1530
Giraffe Riesa Nr. 52.

Nr. 114.

Mittwoch, 19. Mai 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig und für drei Monate 6 Mark 20 Pfennig. Einzelhefte 10 Pfennig. Für den Fall des Eintrits von Produktionssteuern, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt. — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Einwirkung des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Verlag keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditteld, Riesa.

General Haller vor den Toren Warschaus.

Der Warschauer Draht will die Welt wissen lassen, daß der polnische Pilsudski vollkommen Herr der Lage sei, daß das polnische Volk in seiner Gesamtheit ihm zujubelt und die Truppen voller Begeisterung ihm geschworen hätten, sein Werk einer Reformierung Polens zu unterstützen. Was der Kunde des Drahtes an innerer Wahrheit sieht, sieht auch den Anordnungen, die Pilsudski erteilt und die alle glaubhaft machen wollen, daß in Polen wieder vollkommene Ruhe herrsche und die Weiterführung der Revolution auf verfassungsmäßiger Grundlage betrieben werden wird. Der Diktator in Warschau befehlte den Belagerungszustand, er gab den Befehl, wenigstens ließ er das durch den Draht wissen, die Truppen aus den Provinzgarнизonen, die zu seiner Hilfe herbeigeeilt waren, zurück zu transportieren. Er hat eine Regierung zusammengestellt und hält Ministerkonferenzen ab. Veröffentlichungen, die die parlamentarische Lage als durchaus gefestigt bezeichnen. Und sendet schließlich Unterhändler nach Polen, wo ausnehmend doch nicht alles so in Ordnung ist, wie man es nach Kennzeichnung der Lage durch Pilsudski annehmen möchte.

General Haller, der berüchtigte und bei seinen Truppen beliebte Regimentsführer und erbitterte Feind Pilsudskis, steht vor den Toren Warschaus. Wie groß seine Streitmacht in Wirklichkeit ist, weiß man nicht. Man vernimmt nur, daß die neben Regimentern der Garnison Polen ihm Beistand geleistet haben, daß auch aus Oberschlesien Truppen zu ihm gestoßen sind. Inmerhin scheint die militärische Stärke, aber die er verfügt, nicht allzu schwach zu sein. Sonst hätte Pilsudski seine Unterhändler zu Haller geschickt. Sonst hätte Haller nicht die Kraft gehabt, die ihm angebotenen Verhandlungen zurückzuweisen und statt und hartnäckig auf seine Geistesfreiheit gegen die Warschauer Rebellion zu verharren. Man kann die Situation in Polen jetzt folgendermaßen kennzeichnen: Warschau und ein Teil der Garnisonsstädte Polens haben sich auf die Seite Pilsudskis gestellt. In den ehemals preussischen Gebieten des polnischen Staates aber liegt noch die Macht vollkommen in den Händen der Anhänger und Parteigänger der gestürzten Regierung. Diese Anhänger sind Chauvinisten, Nationalisten im besten Sinne des Wortes, die Propagandisten der großpolnischen Idee, der Unverletzlichkeit gegen das benachbarte Deutschland, der wirtschaftlichen Behandlung aller Minderheitsfragen. Dies muß man in Deutschland feststellen, um die Dinge, die sich in Polen zur Zeit abspielen, richtig bewerten zu können. So würde aus unserem Interesse gesehen ein vollkommener Sieg Pilsudskis nicht unemphatisch sein, denn er tritt in seinem Programm für eine mehr verlässlichere Richtung ein, für einen ausgebeuteten Staat der Minderheiten und für ein isoliertes Nebeneinanderleben mit den Nachbarstaaten. So sieht wenigstens der Geist des Programms aus. Aber von der Auffstellung eines Programms bis zu seiner wirklichen Durchführung ist noch ein weiter Weg. Pilsudski ist kein Freund des deutschen Volkes. Er nennt sich zwar Sozialist, aber auch Nationalist kam aus den Reihen, die heute von einer Verjüngung und Befriedung aller Länder eintreten und für einen ungehemmten Pazifismus schwärmen. Wie ein Mussolini sich wandelte, hat man erfahren. Daß in einem Pilsudski ähnliche Machtgelüste sich regen wie im italienischen Diktator, lehrt die Geschichte der polnischen Legionen im Weltkrieg, lehrt seine Politik nach der Gründung des polnischen Staates und schließlich auch dieser letzte Staatsstreik, der Blut und Opfer kostete, alles Momente, die mit Pazifismus nicht das Geringste zu tun haben. Wir Deutsche werden aus dieser Erkenntnis einer Ära Pilsudskis mit wachsamem Mißtrauen gegenüberzustehen haben. Ein Mißtrauen, das sich einem Regenerationskurs Haller gegenüber allerdings verstärken möchte. Denn den Prolegomena des Quai d'Orsay kennt man.

Die ehemalige preussische Provinz Polen ist das Aufmarschgebiet Hallers. Der seltene Kunde kommt aus dem Polenschen. Die Drahtzieher der Gegenrevolution zeigen sich sorgsam bestrebt, ihre Pläne und Aktionen möglichst zu vertuschen. Und wieder einmal muß der Deutsche als Objekt der Agitation dienen. Die Gegenrevolutionäre sprechen von merkwürdigen Dingen, die sich in Danzig in Vorbereitung befinden. So behaupten sie, daß die deutsche Bevölkerung dieser Stadt aus der Erkenntnis des günstigen Augenblickes die erste Absicht befinde, ihrerseits in den Konflikt einzugreifen, das heißt, das polnische Joch abzuschütteln. Diese lächerliche polnische Berichterstattung wird noch fändischer, wenn man hört, daß polnische Jünglinge von deutschen Truppenverchiebungen an der polnischen Grenze zu melden wissen. Wie directionslos und verworren diese ganze Agitation der polnischen Gegenrevolutionäre ist, zeigt die wieder von der polnischen Presse gebrachte Nachricht, daß die Leute um Haller den ehemals deutschen Provinzen Autonomie zugestanden hätten. Will man mit diesen lächerlichen Versprechungen, an die wohl kein Mensch glaubt, die deutsche Bevölkerung in Polen auf die Seite der Haller-Truppen drängen? Oder bezweckt man ein noch überdes Ziel? Wir in Deutschland werden gut tun, mit verdoppelter Aufmerksamkeit die Entwicklung des polnischen Wirrwurds zu verfolgen. Denn in Polen gibt es eine starke

deutsche Bevölkerung, ein kräftiges unausrottbares Deutschland, das sich trotz der leibigen Grenzregulierung fest mit dem Mutterlande verwaschen hält. Das deutsche Mutterland hat eine Mission. Von dieser Mission wird und kann es sich durch nichts abhalten lassen.

Eine Erklärung des deutschen Vertreters auf der Abrüstungskonferenz.

(Genf. Der Führer der deutschen Delegation im Vorbereitungsamt für die Abrüstungskonferenz, Reichsrat Dr. Graf Bernstorff, hat in der gestern nachmittag eröffneten Generaldebatte folgende Erklärung abgegeben: Die Regierung und die öffentliche Meinung Deutschlands haben mit viel Interesse und Sympathie alle Versuche des Völkerbundes zur Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen verfolgt. Wenn diese Versuche bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt haben, so hoffen wir, daß diese Konferenz eine neue Ära einleiten wird, in der kein Vorkriegsstand mehr stattfinden, sondern lediglich ein friedlicher Wettstreit der Völker auf kulturellem Gebiet.

Das allgemeine Interesse, das man in Deutschland der Abrüstungsfrage entgegenbringt, hat politische, militärische und wirtschaftliche Gründe. Aus politischen Gründen muß für die Zukunft die Vermeidung eines neuen Krieges angestrebt werden. Ebenso fordert dies die Politik, weil die Geschichte uns lehrt, daß übertriebene Rüstungen immer zum Krieg führen, und hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage wird niemand bezweifeln, daß die durch den letzten Krieg verarmte Welt auf die Dauer keine schweren Rüstungen tragen kann. Geben schon diese allgemeinen Gründe genug Anlaß zu der Hoffnung, daß diese Konferenz zur Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen führen wird, so bringt Deutschland dieser Frage ein ganz besonderes Interesse entgegen.

In der Präambel des Teils 5 des Vertrages von Versailles geht dem die Abrüstung betreffenden Kapitel eine Erklärung voraus, daß diese Maßnahme zur Ermöglichung einer allgemeinen Abrüstung getroffen wird, und bekanntlich haben am 18. Juni 1919 die Vertreter Deutschlands und der Alliierten Mächte einen Schriftwechsel geführt, aus welchem in durchaus klarer Weise hervorgeht, daß die Abrüstung Deutschlands das Vorwort zu einer planmäßigen allgemeinen Abrüstung durch den Völkerbund sein sollte, die übrigens ausdrücklich durch das Protokoll von Locarno vorgezeichnet ist. Auf Grund der erwähnten Vereinbarungen hat das deutsche Volk vollkommen abgesehen, und seine Streitkräfte reichen zur Garantie seiner nationalen Sicherheit im Sinne des Artikels 8 des Völkerbundesvertrages nicht mehr aus, eine Bestimmung, die andererseits alle Mitglieder des Bundes zur Abrüstung verpflichtet. Unser Ziel wird erreicht werden können bei der Betätigung des guten Willens seitens aller der Regierungen, welche die Formel zu finden haben werden, die die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen ermöglichen soll. Dieses Ziel wird noch unserer Ansicht umso leichter zu erreichen sein, je mehr wir die Zahl der zu behandelnden Fragen begrenzen. Der uns vorgelegte Fragebogen behandelt viele sehr interessante Fragen, die aber nicht alle für die Lösung des großen Problems unbedingt erforderlich sind. In allen Erörterungen des Völkerbundes spielen „Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung“ eine große gemeinsame Rolle. Da nun Sicherheit und Schiedsgerichtsbarkeit durch den Vertrag von Locarno wesentlich gefördert sind, ist jetzt der Zeitpunkt zur Erreichung einer allgemeinen Abrüstung gekommen.

Wie die Initiative der deutschen Regierung, die an dem Abkommen von Locarno gefestigt hat, zeigt, ist unsere Außenpolitik, wie ich erneut feststellen möchte, vollständig von dem Vertrage und dem Geiste von Locarno getragen. In dem gleichen Geiste müssen wir an die Abrüstungsfrage herangehen, die wichtigste Frage, die der Völkerbund jemals zu lösen haben wird. Ohne Abrüstung wird der Völkerbund niemals erfolgreich arbeiten können. So lange es auf der einen Seite übermäßig gerüstete Völker gibt und wieder andere, deren Rüstungen nicht einmal für ihre eigene Sicherheit ausreichen, wird die Durchführung der Völkerbundsatzung erheblichen Schwierigkeiten begegnen. Deutschland, das seine Verpflichtung zur Abrüstung so vollständig erfüllt hat, darf mit gutem Recht erwarten, daß die anderen Nationen ihm auf diesem Wege folgen werden, woraus sich für Europa, für die ganze Welt ein Zustand dauernder Befriedung und gegenseitigen Vertrauens ergeben wird.

Abreise der deutschen Delegierten.

(Genf. Botschafter v. Goesch und Ministerialdirektor Gaus, die Deutschland auf dem Prüfungsausschuss für die Zusammenlegung des Völkerbundes vertreten haben, sind gestern von Genf abgereist.

Brasilien und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

(Genf. Nach Abschluß der Beratungen des Prüfungsausschusses für die Zusammenlegung des Völkerbundes haben noch politische Besprechungen zwischen dem Botschafter v. Goesch und dem brasilianischen Vertreter, Mon-

tarronês, stattgefunden. Montarronês hat kurz vor der Abreise des deutschen Botschafters diesen aufgesucht und ihm über die brasilianische Haltung in der Rüstungsfrage seine Regierung Mitteilung gemacht, die den durch die gegnerischen Erklärungen des brasilianischen Vertreters bereits hervorgerufenen günstigen Eindruck von den Absichten Brasiliens hinsichtlich seiner zukünftigen Haltung zur Frage des Eintrits Deutschlands in den Völkerbundrat noch wesentlich zu befruchten geeignet sind.

Bei der Abfahrt des Botschafters aus Genf war der brasilianische Vertreter auf dem Bahnhof anwesend, um sich von Herrn von Goesch zu verabschieden.

Zur heutigen Regierungserklärung.

(Berlin. In den gestrigen interfraktionellen Besprechungen im Reichstag teilt die Germania mit, daß Verhandlungen im Gange seien, den Standpunkt der Regierungsparteien zu der Regierungserklärung durch eine gemeinsame Erklärung zum Ausdruck zu bringen. Wie das Blatt schreibt, haben jedoch die Verhandlungen gezeigt, daß zwischen den beiden Flügelparteien der Regierungskoalition nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Auch die Frage eines Vertrauensantrages ist erörtert worden. Laut Germania will man sich mit einem Hilfsprogramm begnügen, das sich lediglich auf die Feststellung beschränkt, daß der Reichstag die Regierungserklärung zur Kenntnis nimmt und über alle anderen Anträge zur Tagesordnung übergeht. Die endgültige Entscheidung hierüber dürfte jedoch erst im Laufe des heutigen vormittags fallen. Mißtrauensanträge gegen die Regierung dürften nur von den Kommunisten und von den Wölkischen zu erwarten sein, haben aber keinerlei Aussicht auf Annahme. Das den sozialdemokratischen Antrag zur Flaggentrage angeht, so melden mehrere Blätter, daß die Sozialdemokraten sich damit begnügen würden, daß dieser Antrag dem Ausschuss überwiesen werde, der über die Schaffung der Einheitsflagge beraten soll.

Das Kabinett Marx gesichert.

(Berlin. Die Mehrheitsverhältnisse für das Ministerkabinett Marx haben sich gegenüber dem letzten Kabinett Luther nicht verändert. Bei der am Donnerstag stattfindenden Abstimmung über die Billigung des Regierungsprogrammes wird die jetzige Koalition geschlossen für das Kabinett stimmen, abgesehen die Wirtschaftspartei zwischen der Deutschen Volkspartei und den Demokraten infolge der Flaggentrage und des Sturzes Dr. Luthers noch immer nicht behoben werden konnte. Die Deutschnationalen werden sich der Stimme enthalten und die Sozialdemokraten teils für das Kabinett votieren, teils sich ebenfalls enthalten. Ein Interesse, dem neuen Kabinett schon jetzt Schwierigkeiten zu bereiten, besteht bei keiner Partei. Sollten die Kommunisten einen Mißtrauensantrag einbringen, so würde das lediglich ihrer Agitationskraft in den Wählermassen entspringen. Wenn davon gesprochen wird, daß das Kabinett Marx nur ein Übergangskabinett sein kann und es wahrscheinlich auch seinen Kanzler bei der Umbildung wieder wechseln wird, so ist man in Zentrumskreisen ganz anderer Ansicht. Man ist hier nicht gewillt, den Führer zu opfern, um lediglich Rückenbühnen zu spielen. Die Partei wird darauf bestehen, daß die endgültige Lösung der Kabinettsfrage vollkommen in den Händen Dr. Marx bleibt.

Die Verordnung über den Volksentscheid.

(Berlin. Die Verordnung über den Volksentscheid ist nunmehr im Wortlaut veröffentlicht worden. Sie bestimmt:

§ 1. Nachdem der Reichstag in seiner Sitzung vom 6. Mai den im Volksbegehren verlangten **Gesetzentwurf über Enteignung deutscher Fürstentümer** abgelehnt hat, wird dieser **Gesetzentwurf zum Volksentscheid** gestellt. Gegenstand des Volksentscheides ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstentümer Gesetz werden soll.

§ 2. Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. Juni, statt.

§ 3. Der Stimmzettel besteht aus zwei Quadraten, in denen sich Kreise befinden. Auf einem der Quadrate steht Ja, auf dem anderen Nein. Wer mit Ja stimmen will, hat den Kreis im Quadrat Ja mit einem Kreuz zu versehen, und wer mit Nein stimmen will, in dem Quadrat Nein ein Kreuz in den Kreis einzufügen.

§ 4. Die Stimmzettel und Stimmkarten sind vom 6. Juni bis einschließlich 13. Juni 1926 auszuliegen. Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen.

Gegenüber mannigfachen Ausstellungen über die Form der Stimmzettel wird darauf hingewiesen, daß die Form der Stimmzettel unter Zustimmung aller Parteien des Reichstages beschlossen worden ist. Die Frage des Volksentscheides gilt natürlich auch als abgelehnt, wenn der Stimmberechtigte der Abstimmung überhaupt fernbleibt.

Allen voran: **Radeberger Pilsner!** das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: **Rich. Schwabe**
Riesa a. Elbe. Genuss 48.